

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 50 / 18. 06. 2003

AKTIV

Vom Elektromognews -Team:

WHO will bei EMF/Mobilfunk plötzlich keine Vorsorge mehr betreiben - neue internationale Grossaktion zum Mitmachen beginnt Auf der Seite:

<http://www.elektromognews.de/whoemfepidemio.htm> starten wir eine internationale e-mail-Aktion, mit der die WHO zur Durchführung der epidemiologischen Studien und zur Anwendung des Vorsorgeprinzips gezwungen werden soll. Wer nichts zu verbergen hat, kann gegen umfassende Untersuchungen nichts haben. Wenn irgendwo Krebs gehäuft auftritt, müssen die Ursachen hierfür gefunden werden. Sofort und ohne Kompromisse.

Nehmen Sie deshalb unbedingt an dieser Aktion teil und berichten Sie Ihren Freunden, Bekannten und Verwandten davon. Nichts ist wichtiger als unabhängige epidemiologische Studien. Damit kann bei älteren Rundfunk- und Fernsehsendern vollständige Klarheit geschaffen werden, bei Mobilfunksendern zumindestens für Zeiträume von ca. 10 Jahren, da es diese Sender noch nicht länger gibt.

Senden Sie Mails an die WHO und fordern Sie die Einhaltung des Vorsorgeprinzips und epidemiologische Studien: <http://www.elektromognews.de/whoemfepidemio.htm>

Teilnehmer der Aktion: Spanische, amerikanische, britische, israelische, französische, deutsche, schwedische, luxemburgische u.a. Verbände und Gruppen

Die Mail ist mit wenigen Mausklicks fertig und dauert nur ein paar Sekunden. Es steht bereits ein vorgefertigter Text in dem Formular, den Sie einfach abschicken oder noch ergänzen können. Wir wurden darauf hingewiesen, dass Briefe und Faxe an die WHO ebenfalls als Möglichkeit genutzt werden sollten, da auch Briefe und Faxe wirksam zur Kenntnis genommen werden. Deshalb hier die Adresse und Faxnummer der zuständigen WHO-Mitarbeiterin Leeka Kheifets und ihres Büros: DR. LEEKA KHEIFETS, Telefon: 0041 22 791 49 76, Fax: 0041 22 791 41 23, Postanschrift: World Health Organization (WHO), Dr. Leeka Kheifets, Head, Radiation Program, Radiation and Environmental Health, 20 Avenue Appia, CH-1211 Geneve 27, Switzerland/Schweiz/Suisse

Das Elektromognews-Team <http://www.elektromognews.de/>

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

ausserdem: von elektromognews: s. o. und 16.6.2003:

Prof. Dr. Karl-Heinz Müller: **Ein Millionstel Watt Mobilfunkstrahlung kann bereits eine Nervenzelle töten** <http://www.elektromognews.de/news/profmueller.htm>

Hocking/Westerman: **Neurologische Effekte durch Funkstrahlung**
<http://www.elektromognews.de/news/hockingwesterman0303.htm>

=====

KURZINFO

Medikamenten-Sucht: 1,6 Millionen Deutsche sind abhängig

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=6&d=17&id=99291>

POLITIK - BEHOERDEN

BUNDESTAG

17.06.2003 Umwelt/Antwort

ACHT PROZENT DER PERSONEN BIS 79 JAHRE SIND SCHWERHÖRIG

Berlin: (hib/RAB) Acht Prozent der Bevölkerung bis zum Alter von 79 Jahren können als schwerhörig bezeichnet werden. Dies ergeben Daten des Bundesgesundheits surveys 1998, erklärt die Regierung in ihrer Antwort (15/1159) auf eine Kleine Anfrage der FDP (15/964).

Gut 30 Prozent der Betroffenen besitzen den Angaben zufolge ein Hörgerät. Die Schwerhörigkeitsrate nehme mit dem Lebensalter deutlich zu. Während sie bei den unter 30-Jährigen unter zwei Prozent betrage, seien **30 Prozent der 70- bis 79-Jährigen schwerhörig**.

Es gebe aber auch Schätzungen, wonach bis zu 14 Millionen Bundesbürger nach geltenden Kriterien ein Hörgerät benötigen. Weiter heißt es in der Antwort, in der Bundesrepublik seien **etwa fünf Millionen Berufstätige während der Arbeit gehörschädigendem Lärm oberhalb von 85 Dezibel ausgesetzt**.

Besonders risikoreich seien Impulsschallbelastungen in der metallverarbeitenden Industrie oder bei der Bundeswehr. Weit verbreitet sei aber auch eine Belastung des Gehörs von Jugendlichen durch lautes Musikhören in Diskotheken oder über Stereoanlagen und Walkman.

Für die Regierung ist dies um so bedeutsamer, da ein großer Teil der **Freizeitbeschäftigung** vieler Jugendlicher im Musikhören bestehe. Bei Musikgroßveranstaltungen würden insbesondere in der Nähe der Lautsprecher oft sehr hohe Schallbelastungen erreicht.

Nach dem zum 1. April diesen Jahres in Kraft getretenen neuen Jugendschutzgesetzes bestehe aber für die zuständigen Behörden die Möglichkeit, bei öffentlichen Veranstaltungen oder Gewerbebetrieben im Einzelfall **Schallpegelbegrenzungen** anzuordnen, wenn dadurch Kinder oder Jugendliche weniger durch Lärm belastet würden.

Weiter erklärt die Regierung, der Verkehrslärm sei in den letzten Jahrzehnten zu einer gravierenden Belastung für viele Menschen geworden. Die Regierungsfaktionen hätten sich dementsprechend im Rahmen ihrer Koalitionsvereinbarung vorgenommen, den Schwerpunkt der rechtlichen Maßnahmen zur Lärmbekämpfung in diesen Bereich zu legen.

So soll eine entsprechende EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Umgebungslärm handlungsorientiert in deutsches Recht umgesetzt werden. Auch soll das Fluglärmgesetz mit dem Ziel überarbeitet werden, für alle Flughäfen den Schutz der Bevölkerung vor Lärm deutlich zu verbessern.

(Hervorhebungen: Scherrmann)

UBA - UMWELTBUNDESAMT

16. 06.2003: Neue Studie: Abbau umweltschaedlicher Subventionen spart Milliarden und hilft der Umwelt - Umweltbundesamt fordert Umweltpuefung fuer Subventionen

Eine Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) gibt den Forderungen, umweltschaedliche Subventionen abzubauen, neuen Rueckenwind. Das ifo-Institut fuer Wirtschaftsforschung, Muenchen, und das Wuppertal-Institut fuer Klima, Umwelt, Energie weisen am Beispiel der Wohnungswirtschaft und der Agrarwirtschaft nach, dass eine umweltorientierte Subventionspolitik die Haushalte von Bund, Laendern und Gemeinden um mehrere Milliarden Euro entlasten koennte - und zudem positive Umwelteffekte haette. Allein im Wohnungswesen ließen sich jaehrlich mindestens sechs Milliarden Euro und bis zum Jahr 2005 zwischen 18 und 25 Millionen Tonnen klimaschaedliches Kohlendioxid einsparen. „Die Studie zeigt, dass wir gezielt an die umweltschaedlichen Subventionen herangehen sollten. So bekommen wir eine dreifache Dividende: Wir sparen Steuergelder, entlasten die Umwelt und schaffen finanzielle Spielraeume zur Foerderung nachhaltiger Produktions- und Konsumweisen“, sagte Prof. Dr. Andreas Troge, Praesident des Umweltbundesamtes.

Die Wohnungswirtschaft gehoert mit rund 23 Milliarden Euro jaehrlich zu den am hoechsten subventionierten Bereichen der deutschen Volkswirtschaft. Bisher richtet sich die Subventionspolitik im Wohnungswesen kaum am Leitbild der nachhaltigen, also dauerhaft umweltgerechten Entwicklung aus. So steht zum Beispiel die Neubauforderung noch immer im Mittelpunkt der Foerderung, obwohl diese zu erheblichen Umweltbelastungen fuehrt und oft kein Foerderbedarf mehr besteht: Viele Regionen haben inzwischen eher mit Leerstaenden als mit Wohnraumknappheit zu kaempfen.

In der Teil-Studie zur Reform der Subventionspolitik in der Wohnungswirtschaft wird daher vorgeschlagen, die Eigenheimzulage fuer Neubauten zu senken und eine „Oeko-Komponente“ in die Foerderung einzubauen, die auch die Flaecheninanspruchnahme beruecksichtigt. Im sozialen Wohnungsbau ist es ebenfalls sinnvoll, die Neubauforderung erheblich zu verringern. Wie die Studie zeigt, laesst sich die Wohnraumversorgung sozial schwacher Gruppen durch andere Instrumente - wie das Wohngeld oder den Erwerb von Belegungsrechten im Wohnungsbestand - wesentlich kostenguenstiger und umweltschonender erreichen. Ein Teil der frei werdenden Gelder sollte der Staat - auch mit Blick auf den Klimaschutz - zur Altbau-Modernisierung und Sanierung zum Energiesparen im Wohnungsbestand einsetzen.

Die Agrarsubventionen des Bundes beliefen sich, so die Teil-Studie zur Agrarwirtschaft, im Jahr 2002 auf mehr als 1,7 Milliarden Euro. Durch die in den vergangenen Jahren eingeleitete Neuorientierung der Agrarpolitik fanden Nachhaltigkeitskriterien teilweise bereits Eingang in die landwirtschaftliche Subventionspolitik. Aber es sind weitere Verbesserungen moeglich. So sollten Subventionen nach dem „Gießkannenprinzip“ zugunsten der gezielten Foerderung einer nachhaltigen Entwicklung der laendlichen Raeume abgebaut werden. Ein Abbau von Subventionen ist auch bei den Steuerverguenstigungen noetig - etwa bei der Verbilligung von Gasoel durch das Agrardieselgesetz oder der Steuerermaeßigung fuer landwirtschaftliche Fahrzeuge im Rahmen der Kraftfahrzeugsteuer.

Erfahrungsgemaeß ist es schwer, einmal bestehende Subventionen zu streichen - rund ein Viertel der bestehenden Steuerverguenstigungen wurde bereits vor 1940 eingefuehrt. Auch dies erklart, weshalb viele Subventionen nicht mehr zeitgemaeß sind und dem Leitbild der nachhaltigen, also dauerhaft umweltgerechten Entwicklung widersprechen. Daher sollten Subventionen grundsatzlich befristet sein. Außerdem bietet es sich an, bei allen Subventionen eine regelmaeßige Wirkungs- und Erfolgskontrolle vorzunehmen und dabei ihre Umweltfolgen zu pruefen. Ein solches „Subventions-Controlling“ wuerde Transparenz schaffen und koennte einen wichtigen Hebel bilden, Steuergelder effizient und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung einzusetzen.

„So lange die Wirkungen oekologisch kontraproduktiver Subventionen auf die Umwelt nicht korrigiert sind, wird der Umweltschutz auch auf finanzielle Foerderungen zurueckgreifen muessen“, so UBA-Praesident Andreas Troge.

Zum Forschungsprojekt „Beruecksichtigung von Umweltgesichtspunkten bei Subventionen“ mit den drei Teilen „Bestandsaufnahme und Reformansaetze“, „Sektorstudie Wohnungsbau“ und „Sektorstudie Agrarwirtschaft“ gibt es im Internet unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de> Rubrik Presse, ein ausfuehrliches Hintergrundpapier. Die kompletten Studien erscheinen in Kuerze in

der Publikationsreihe TEXTE des Umweltbundesamtes als Nr. 30, 31 und 32/2003. Bestellungen an:
Werbung + Vertrieb, Telefon 030/2 11 60 61, Fax: 2 18 13 79.

12.06. 2003 **Umweltzentren haben in Sachen nachhaltige Entwicklung viel zu bieten**

Arbeitsgemeinschaft Natur und Umwelt (ANU) veröffentlicht Abschlussbericht des Projektes ANU 2000

Eine Vielzahl der rund 800 Umweltzentren in Deutschland orientiert sich bei seiner Arbeit bereits am Leitbild der nachhaltigen, also dauerhaft umweltgerechten Entwicklung. Dies hat die Arbeitsgemeinschaft Natur und Umweltbildung e.V. (ANU) in einem von Bundesumweltministerium (BMU) und Umweltbundesamt (UBA) gefoerderten Projekt ermittelt. Zwischen 1999 und 2002 wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in lokalen, buergernahen Anlaufstellen der Umweltbildung befragt, beraten und weitergebildet, damit sie eigenstaendig eine nachhaltige Bildungsarbeit leisten koennen. Der im UBA erschienene Projektbericht der ANU dokumentiert unter anderem einige vorbildliche Beispiele nachhaltiger Bildungsarbeit und gibt Empfehlungen fuer Qualifizierungsangebote. Um diese besser zu vernetzen, wurde zudem eine Servicestelle „Bildung fuer nachhaltige Entwicklung in Umweltzentren“ eingerichtet. Ausfuehrliche Informationen zum Projekt ANU 2000 gibt es im Internet unter <http://www.umweltbildung.de>

Ende der 90er-Jahre hatte die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), Osnabruock, in einer Studie zur außerschulischen Umweltbildung herausgefunden, dass sich das Konzept der Bildung fuer nachhaltige Entwicklung in zahlreichen Bildungseinrichtungen noch nicht durchgesetzt hat. Dies war Anlass zum Projekt ANU. Im Zeitraum von 1999 bis 2002 wurden in den Umweltzentren Beratungen, bundesweite Tagungen und regionale Workshops angeboten.

Die im kostenlosen Projektbericht genannten Beispiele guter Praxis, die Tagesdokumentationen und verschiedene Umfragen in Umweltzentren zeigen, dass die Bildung fuer eine nachhaltige Entwicklung in den Umweltzentren nicht bei Null beginnt. Nicht zuletzt das umfassende Literaturverzeichnis macht den Projektbericht zu einer wahren Fundgrube fuer alle, die in der Bildung fuer eine nachhaltige Entwicklung aktiv sind oder sich ueber den Stand der außerschulischen Bildungspraxis in Umweltbildungseinrichtungen informieren wollen.

Der Projektbericht „Bildung fuer eine nachhaltige Entwicklung in Umweltzentren“ kann in der UBA-Schriftenreihe UNESCO-Verbindungsstelle fuer Umwelterziehung kostenlos beim Zentralen Antwortdienst, Bismarckplatz 1, 14193 Berlin bezogen werden. Die CD-ROM dazu ist kostenlos erhaeltlich im Internet unter der Adresse <http://www.umweltbildung.de/> .

Kommentar Scherrmann: Bei der der sog. Umweltbildung spielt leider die Bildung bzgl. umweltinduzierter Krankheiten eine sehr untergeordnete Rolle.

=====

Ende des newsletter/d/50

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org
Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informationen-Netzwerk für eine gesündere Umwelt